



14. August 2024

WAHLAGENDA 2024

Legislaturbilanz	2
Schwerpunkte	3
Themen.....	4
Bau- und Raumplanung.....	4
Bildung	7
Dreiland.....	8
Energie und Umwelt	9
Finanzen und Wirtschaft.....	11
Gesundheit und Soziales.....	12
Gleichstellung.....	15
Justiz & Sicherheit.....	17
Kultur.....	19
Migration und Integration.....	20
Verkehr.....	21

LEGISLATURBILANZ

In vielen Bereichen konnten die GRÜNEN Basel-Stadt in der letzten Legislatur Erfolge für eine umweltfreundliche Entwicklung des Kantons erzielen. Dank GRÜNER Vorstösse im Grossen Rat:

- ...wird der Kanton konkrete Massnahmenpläne zur Klimaneutralität und Klimagerechtigkeit (inkl. Konsumbereich) vorlegen.
- ...hat Basel-Stadt das fortschrittlichste Gleichstellungsgesetz der Deutschschweiz.
- ...wird das Gasnetz ausser Betrieb genommen und die CO₂-Abscheidung gefördert.
- ...gilt zukünftig auf allen Strassen neu Tempo 30 als Standard, Tempo 50 nur noch wo nötig.
- ...wurden zwei Städtepartnerschaften mit dem Globalen Süden geknüpft.
- ...macht Basel-Stadt bald eine Solar-Offensive.
- ...hat Basel-Stadt eine erste Biodiversitätsstrategie.
- ...prüft der Kanton das Stimmrechtsalter 16.
- ...prüft der Kanton einen stärkeren politischen und gesellschaftlichen Einbezug von Menschen mit Behinderungen.
- ...soll der Kanton die Arbeitsbedingungen in der Pflege baldmöglichst verbessern (Umsetzung zweiter Teil der Pflegeinitiative).

Trotz diesen und noch weiteren Erfolgen zeigt sich die fehlende Regierungsbeteiligung der GRÜNEN aber in vielen Bereichen. Die Umsetzung der vom Grossen Rat beschlossenen Massnahmen läuft zum Teil zu wenig energisch: Im Bereich Begrünung und Klimaadaptation handelt der Kanton nachlässig. Zudem steht Basel-Stadt zwar finanziell auf soliden Beinen, die finanziellen Möglichkeiten werden aber nicht zugunsten von weitsichtigen Investitionen genutzt. Im Bereich Digitalisierung und Datensicherheit hat der Kanton ebenfalls blinde Flecken. Schliesslich geschieht die Verkehrswende nur dank des parlamentarischen Drucks und wird durch Grossprojekte wie den Rheintunnel oder den ZUBA *ad absurdum* geführt. Die Sicherheitspolitik fokussiert zurzeit auf Repression statt Prävention, die Bildungspolitik setzt die Chancengerechtigkeit zu wenig ins Zentrum und sozialpolitisch muss immer wieder um wichtige Gelder gekämpft werden.

SCHWERPUNKTE

Der Gegenvorschlag zur Klimagerechtigkeitsinitiative wird in der nächsten Legislatur umgesetzt. Der Grosse Rat wird über die entscheidenden Massnahmen zur Senkung der Treibhausgasemissionen beraten. Dafür braucht es eine starke Vertretung der GRÜNEN Basel-Stadt im Grossen Rat. Wir nehmen das EGMR-Urteil ernst und setzen uns für eine klimaneutrale Entwicklung in allen Bereichen ein. Diese Transformation soll allen Menschen im Kanton zugutekommen und die Wirtschaft nachhaltig stärken.

Nirgends ist der Handlungsbedarf grösser als beim Verkehr. Die aktuellen politischen Mehrheiten stützen gar einen Ausbau der Autoinfrastruktur. Die möglichst weitgehende und rasche Elektrifizierung des motorisierten Verkehrs, ist unabdingbar zur Erreichung von Netto-Null. Aber, Elektroautos sind nicht die Lösung aller Probleme: Für einen umweltfreundlichen Kanton muss die Infrastruktur für Fussgänger:innen, den ÖV und das Velo umgebaut werden. Der Platz in unserer Stadt ist zu wertvoll, um ihn den Autos zu überlassen.

Von der Energie- und Verkehrswende sollen schliesslich alle profitieren. Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, die insbesondere die Verletzlichsten nicht nur mitdenkt, sondern teilhaben lässt. Dank Rot-Grün ist Basel-Stadt im Vergleich bereits heute ein sehr sozialer Kanton. Es gibt aber weiterhin Verbesserungspotential: Bei Beratungsangeboten für die unterschiedlichen Anspruchsgruppen, beim niederschweligen Zugang zum sozialen Auffangnetz und bei der Stärkung der sozial tätigen Institutionen. Auch bei der Bekämpfung von Rassismus, Sexismus und LGBTIQ-Feindlichkeit sowie bei der Umsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderungen besteht noch grosser Aufholbedarf. Gleiches gilt für die politische Teilhabe von Menschen ohne Schweizer Pass und Menschen unter 18 Jahren. Die GRÜNEN Basel-Stadt setzen sich dafür ein, dass diese bisher von der politischen Partizipation ausgeschlossenen Gruppen in Zukunft mitentscheiden können. Denn eine gesunde Demokratie kann nicht funktionieren, wenn nur noch eine Minderheit entscheidet.

THEMEN

BAU- UND RAUMPLANUNG

PARTIZIPATIVE STADTPLANUNG LEBEN

Wir setzen uns für eine klimagerechte Bau- und Raumplanung ein. Entwicklungsmassnahmen müssen sozial- und umweltgerecht gestaltet werden. Es ist wichtig, bei der Umsetzung solcher Massnahmen die Beteiligung aller Betroffenen zu berücksichtigen. Eine Stadt lebt von und mit dem Gestaltungswillen ihrer Bewohner:innen. Die Bevölkerung muss in die klimagerechte Umwandlung unserer Stadt einbezogen werden. Ihre Teilhabe und Initiativen müssen unterstützt und ermöglicht werden.

Die GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass der öffentliche Raum und das Quartierleben von und mit den Anwohnenden (mit-)gestaltet wird. Dabei ist nicht nur die Beteiligung an einem Prozess, sondern ausdrücklich auch die initiative Selbstgestaltung gemeint (bspw. mittels partizipativen Budgets). Gemeinsam können Massnahmen entwickelt und umgesetzt werden, die das Stadtklima sowie das nachbarschaftliche Zusammenleben nachhaltig positiv beeinflussen.

Die kurz- und mittelfristige Gestaltung und Bespielung von Plätzen, Quartierstrassen und Freiräumen im Sinne der Allgemeinheit, des Stadtklimas und der Biodiversität mittels bspw. Baumpflanzungen, Urban Gardening, Spielgeräten und Aufenthaltsmobiliar soll niederschwellig und ohne grossen behördlichen Aufwand möglich sein. Solche Projekte entstehen oft gegenläufig zum Prozess von Konzeptionierung, Planung und Umsetzung, sondern entstehen organisch und performativ.

SOZIALE DURCHMISCHUNG FÖRDERN

Im Rahmen grösserer Bauvorhaben und insbesondere bei der Transformation von ganzen Arealen müssen neben ökologischen und nachhaltigen Kriterien auch soziale Aspekte berücksichtigt werden. Für eine nachhaltige und sozialverträgliche Stadt- und Quartierentwicklung braucht es soziale Durchmischung. Dazu muss neben Wohnraum für verschiedene Personengruppen (Familien, Alleinstehende, Betagte etc.) auch ganz besonders genügend kostengünstigen Wohnraum sowie beispielbare Begegnungsorte ohne Konsumationszwang geschaffen werden.

LERNEFFEKTE AUS SOFORTMASSNAHMEN

Jetzt sind sofortige Stadtklimamassnahmen nötig, um die Auswirkungen der Klimakrise einzuschränken. Während es unumstritten mehr Grünflächen, Entsiegelung, Bäume und Biodiversität in der Stadt braucht, sind wir zusätzlich auf kleine und schnelle Massnahmen angewiesen wie zum Beispiel die Entsiegelung und Begrünung aller Verkehrsinseln. Diese kurz- und mittelfristigen Massnahmen müssen wichtige Lerneffekte für die langfristigen Prozesse der Transformation liefern. Sofortmassnahmen müssen partizipativ und integrativ gestaltet werden.

SANIERUNGSRATE ERHÖHEN

Seit Jahren ist die Vereinfachung des Baubewilligungsverfahrens ein politisches Thema. Wir fordern möglichst rasche Baubewilligungsverfahren, ohne dabei die Rechtsansprüche oder die Rechtssicherheit zu gefährden. Für dieses Ziel sollen die Baubewilligungsverfahren für den Umbau von Gebäuden mit schlechter Energiebilanz vereinfacht werden und die nötigen Ressourcen geschaffen werden.

HOCHHAUSKONZEPT ERNEUERN

Ein Hochhaus bedeutet nicht per se mehr Dichte und mehr Nachhaltigkeit. Das Bauen von Hochhäusern muss besser und transparenter reguliert sein. Das bisherige Hochhauskonzept fokussiert auf städtebauliche und symbolische Aspekte, ohne aber wirklich Aussagen zu treffen, wo Hochhäuser schliesslich gebaut werden sollen. Es muss ein neues, behördenverbindliches Konzept her, das den Wildwuchs beendet.

BAUEN MIT MÖGLICHST WENIG CO₂-EMISSIONEN

Wir fördern eine Architektur, die von statisch optimierten Tragwerksystemen ausgeht, um möglichst viel Material dabei zu sparen und somit die tragwerksbedingten Emissionen aufs Minimum zu reduzieren. Hochhäuser eignen sich systembedingt nicht für einfache statische Lösungen, die CO₂-arm sind, und stellen darum die falsche Antwort für eine Bekämpfung der Klimakrise dar.

WIEDERVERWENDEN STATT VERSCHWENDEN

Die Beton- und Zementproduktion gehört zu den CO₂-intensivsten Branchen. Wollen wir also den CO₂-Ausstoss im Bausektor senken, müssen wir auf den bestehenden Baubestand setzen. Mittels Um- und Weiter-, statt Neubauten sollen die Kreisläufe der Bauwirtschaft so gut wie möglich geschlossen werden. Das erreichen wir, in dem wir die Hürden für Gebäudeabbrüche heraufsetzen, entweder mittels einer Abbruchsteuer, der Erleichterung für die Wiederverwendung von Bauteilen oder mittels Subventionen für deren Einsatz. Wir wollen die Rückbaufähigkeit bei der Erweiterung und Neuerstellung von Gebäuden erhöhen mit Hilfe eines obligatorischen Rückbaukonzepts/Inventar der wiederverwendbaren Teile im Baubewilligungsprozess und entsprechenden Boni. Zudem soll für den Baubereich ein kantonales CO₂-Budget zur Erreichung des Nettonull-Ziels etabliert werden.

WOHNFLÄCHEN EFFIZIENTER NUTZEN

Heute nimmt die Basler Bevölkerung im Durchschnitt 41.5 m² Wohnfläche pro Person in Anspruch. Wir setzen uns dafür ein, dass die Reduktion dieses hohen Wohnflächenkonsums konkret und niederschwellig adressiert wird. Je grösser Wohnungen sind, desto mehr Boden, Ressourcen und Neubauten werden bei wachsender Bevölkerung benötigt. Gleichzeitig intensiviert diese Entwicklung den Druck auf preisgünstigen Wohnraum. Belegungsvorschriften, neue Mietzinsmodelle, eine Lenkungsabgabe auf Wohnfläche oder Tausch- und Vermittlungsplattformen: Es braucht eine breite Massnahmenpalette, die verschiedene Wege ausprobiert, um Schritt für Schritt den richtigen Mix zu finden. Wenn wir die durchschnittliche Wohnfläche schon nur um 5 m² reduzieren würden, könnte Basel einen grossen Teil des prognostizierten Bevölkerungswachstums mühelos in bestehenden Flächen aufnehmen. Auch mit fünf Quadratmetern weniger sind Wohnungen qualitativ hochwertig und bieten Platz für alles, was es

zum angenehmen Wohnen. Mit Aufstockungen, Anbauten, einfachen Veränderungen im Grundriss: So schont Basel Ressourcen und wächst klima- und sozialverträglich.

BILDUNG

Wir setzen uns für ein Bildungssystem ein, das allen Menschen unabhängig von ihrem sozialen, wirtschaftlichen sowie Aufenthaltsstatus zugänglich ist und sie befähigt. Insbesondere für junge Menschen sind möglichst wenig Hürden für Bildung und Austausch zentral. Dies zählt für alle Bildungsstufen und -wege.

FRÜHE FÖRDERUNG AUSBAUEN

Die wichtigsten Weichen für einen chancengerechten Bildungsweg werden in den ersten Lebensjahren gestellt. Wir setzen uns für den Ausbau der Frühförderangebote für Kinder und Familien mittels Stärkung der frühen Sprachförderung, Kinderbetreuung, Spielgruppen und Elternkooperation ein.

INTEGRATIVE SCHULE STÄRKEN

Es braucht jetzt eine Stärkung der integrativen Schule auf allen Stufen. Um diese umzusetzen, braucht es jedoch deutlich mehr finanzielle, personelle und räumliche Ressourcen. Zusätzlich soll das integrale Bildungsverständnis gefördert werden, welches neben kognitiven auch sozialen, emotionalen und körperlichen Lernprozessen umfasst und die non-formale Bildung in ausserschulischen Kontexten einbezogen und gestärkt wird (Stichwort Bildungslandschaften). An vielen Standorten der Volksschule ist der Mangel an Raum und Platz ein Hindernis, die geforderte integrative Schule umsetzen zu können. Insbesondere besteht dringender Handlungsbedarf im Raumangebot für Tagesstrukturen bei einem möglichen Ausbau zu Tagesschulen.

Die Anzahl der Pflichtlektionen an Basler Volksschulen muss in Hinblick auf eine erfolgreiche integrative Volksschule angepasst werden. Dabei bedarf es insbesondere auf der Kindergarten- und Primarstufe einer Senkung, so dass die Aufgaben der integrativen Schule und der Gesellschaftsauftrag der Chancengerechtigkeit durch die Lehr- und Fachpersonen wahrgenommen werden können. Unser Kanton muss dafür im Bildungsbereich ein attraktiver Arbeitgeber werden und die Personalengpässe an Basler Schulen müssen aktiv durch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen angegangen werden. Gute Bildung wird durch engagierte und qualifizierte Lehrkräfte gefördert. Sie benötigen Unterstützung von der Politik, angemessene Ausbildung, faire Arbeitsbedingungen und pädagogische Freiheit. Bildung gedeiht am besten in einer Atmosphäre der Offenheit und Toleranz, die vom grenzüberschreitenden Austausch von Ideen und Menschen lebt.

BERUFSBILDUNG FÖRDERN, CARE LEAVERS UNTERSTÜTZEN

Wir wollen die Berufsbildung im Kanton fördern und stärken. Wir wollen mehr Schulabgänger:innen der Volksschule, welche sich für eine Berufslehre entscheiden. Dafür muss die Lehre wieder attraktiver werden. Insbesondere sollen der Zugang und die Durchführung für Menschen mit Migrationshintergrund, Geflüchtete und Alleinerziehende verbessert werden. So ist zum Beispiel die Anzahl Ferientage für Lernende zu überprüfen, welche für viele Jugendliche ein Argument für eine schulische Ausbildung sind.

Wir fordern Übergangsangebote für Care Leavers (z.B. spezifische Wohnprojekte, Begleitung beim Einstieg ins Erwachsenenleben, Unterstützung beim Finden von Ausbildungsplätzen).

DREILAND

BASEL-STADT BRAUCHT EIN EU-ABKOMMEN

Wir wollen, dass sich das Dreiland weiterhin gemeinsam erfolgreich weiterentwickelt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Schweiz mit der Europäischen Union nicht nur verhandelt, sondern möglichst rasch ein neues Rahmenabkommen abschliesst. Das sichert die bestehenden bilateralen Abkommen für die Wirtschaft sowie den Zugang zu Horizon Europe, Erasmus+ und Creative Europe. Daneben braucht es auch in allen trinationalen Gremien und gegenüber dem Bund ein klares Bekenntnis zu einer trinationalen Siedlungs- und Verkehrsentwicklung.

TRINATIONALE BEGEGNUNGEN FORCIEREN

Die COVID-19-Pandemie hat es gezeigt: Es braucht eine grenzüberschreitende Begegnung, um das nötige Verständnis füreinander zu bilden, und den Willen Krisen gemeinsam zu meistern. Deshalb soll der Austausch mit Menschen aller Altersstufen aus Deutschland und Frankreich in der Region intensiviert und es sollen vermehrt Projekte im Rahmen des Begegnungsfonds initiiert werden.

EIN LAGEZENTRUM FÜRS DREILAND

Wir fordern ein trinationales Lagezentrum, das bei Extremereignissen wie einer Pandemie oder Naturereignissen ein koordiniertes gemeinsames Handeln und eine klare Strategie beim Handeln gegenüber den jeweiligen Regierungen von Deutschland, Frankreich und der Schweiz sicherstellt. Dafür soll auch eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden. Weiterhin muss die Zusammenarbeit von Rettungs- und Polizeidiensten gestärkt werden.

LOKALE GEWINNE, GLOBALE VERANTWORTUNG

Basel-Stadt ist ein internationales Wirtschaftszentrum mit global operierenden Firmen. Aus diesem Verdienst entspringt auch eine Abhängigkeit von guten internationalen Beziehungen und auch eine internationale Verantwortung. Gleichzeitig verlangen die Krisen und insbesondere der Ukraine-Krieg die Solidarität aller demokratischer Staatswesen. Wir fordern, dass im Sinne der 1%-Initiative jährlich mindestens 20 Millionen für Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt werden und sich der Kanton eine gesetzliche Grundlage für Humanitäre Hilfe gibt. Zudem soll Basel-Stadt ein Lieferkettengesetz verabschieden, das im Einklang mit der neuen europäischen Gesetzgebung steht. Schliesslich sollen die geknüpften Städtepartnerschaften aktiv gepflegt und die Zusammenarbeit auch zum Beispiel auf kulturelle Aspekte ausgebaut werden.

INNOVATIVE PROJEKTE TRINATIONAL ANGEHEN

Die GRÜNEN Basel-Stadt stehen für die trinationale Zusammenarbeit ein, um die Klimaziele zu erreichen. Insbesondere in der Energiepolitik braucht es ein gemeinsames Vorgehen, um zum Beispiel bei der Energie- und Wärmegewinnung, der individuellen Mobilität oder Antriebs- und Prozesstechnologien wie grünem Wasserstoff nachhaltige Lösungen zu finden.

Die Region Basel ist ein funktionaler Raum. So sollen bei Richtplänen mit kantonsübergreifenden Auswirkungen, die anderen Gebietskörperschaften beigezogen werden und die Gesundheitsversorgung trinational angegangen werden.

ENERGIE UND UMWELT

SOLAROFFENSIVE UMSETZEN

Die GRÜNEN sind die Wegbereiter:innen der Energie- und Umweltpolitik. Diese braucht es für das Erreichen der Klimaziele und für die Gestaltung einer nachhaltigen und lebenswerten Stadt. Basel-Stadt hat ein riesiges Potenzial für Solarenergie, welche zur sicheren und umweltfreundlicheren Stromversorgung beitragen kann. Dazu muss die Solaroffensive endlich umgesetzt werden und das Installieren von Photovoltaik auf Dächern, Fassaden und Infrastrukturen auf geeigneten Dächern obligatorisch werden, administrativ vereinfacht und stärker gefördert werden.

KLIMASTRATEGIE KONKRET PLANEN

Die Massnahmen zur Umsetzung der Klimastrategie sollen schnell in Angriff genommen und die Strategie auf die Scope-3-Klimaziele ausgedehnt werden. Auch der Konsum und die Ernährung sollen Teil der Strategie werden. Gleichzeitig fordern wir Massnahmen zur Klimafolgenabschwächung, zum Beispiel Belüftungs- und Wasserhaushaltskonzepte. Von der öffentlichen Hand finanzierte Institutionen sollen in Punkto Nachhaltigkeit vorbildlich handeln und Massnahmenpläne vorlegen, wie sie das Nettonull-Ziel und einen Beitrag zur Klimagerechtigkeit für Ihre Institution erreichen wollen.

MEHR PLATZ FÜR DIE NATUR

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Biodiversität auch in der Stadt mehr Raum erhält. Dafür muss wo immer möglich entsiegelt, Trittsteinbiotope geschaffen werden und wo möglich auch in der Stadt Korridore geschaffen werden, die Verbindungen zwischen verschiedenen Populationen von Pflanzen und Insekten ermöglichen. Der Bau der Fernwärme und Strassenerneuerungen soll jeweils für Entsiegelungen und Baumpflanzungen genutzt werden. Der Kanton soll auch ausserhalb der Erhaltungsplanung im öffentlichen Raum Baumpflanzungen, Begrünungen und Entsiegelungen angehen und von Hitze stark betroffene Gebiete dabei prioritär behandeln. Private sollen auf das Potential für Baumpflanzungen, Entsiegelungen und Fassadenbegrünungen auf ihrem Boden proaktiv hingewiesen und bei der Umsetzung von Massnahmen unterstützt werden.

BIODIVERSITÄT STÄRKEN

Unsere Biodiversitätsinitiative zielt darauf ab, eine gesetzliche Grundlage für die Biodiversitätsförderung im Kanton zu schaffen, das Bewusstsein für Biodiversität in der Bevölkerung zu schärfen und den Behörden mehr Spielraum für entsprechende Massnahmen zu geben. Auch Private sollen zu Biodiversitätsförder:innen werden können. Deshalb soll die Beratung zu Biodiversitätsmassnahmen in Privatgärten weiterverfolgt und die Umweltberatung mit Hilfe von Umweltcoaches ausgebaut werden. Wir befürworten den Aufbau einer Beratungsstelle für Private zur Förderung der Biodiversität.

REPARATURSERVICES FÖRDERN

Wir wollen die Lebensdauer und die Garantiedauer von Konsumgütern verlängern sowie einen Reparaturfähigkeitsindex für elektrische und elektronische Geräte einführen, indem wir Reparaturservices auf dem Kantonsgebiet fördern.

FINANZEN UND WIRTSCHAFT

Basel ist eine der grössten und wirtschaftlich relevantesten Städte der Schweiz. Eine gute, stabile und vor allem nachhaltige Wirtschaft ist deshalb unumgänglich für unseren Kanton. Wir wollen KMU stärken und kompetente Partner:innen sein bei der Umstellung auf eine fossilfreie, nachhaltige und klimagerechte Wirtschaft.

MEHR GELD FÜR KLIMAWIRKSAME INVESTITIONEN

Um eine nachhaltige Wirtschaft voranzutreiben, brauchen wir einen Klimafonds, aus dem das lokale Gewerbe Mittel für klimaschonende Investitionen beantragen kann. Auch wollen wir den regelmässigen Austausch zwischen Politiker:innen und KMU im Kanton fördern, um ihre Bedürfnisse aufzunehmen und sie im Prozess zur Klimaneutralität zu unterstützen.

LÖSUNGEN FÜR KREISLAUFWIRTSCHAFT SCHAFFEN

Um die Klimaneutralität 2037 zu erreichen, müssen wir jetzt in die Kreislaufwirtschaft im Kanton investieren. Nur wenn wir intelligente und umsetzbare Lösungen für die Reduktion, Wiederverwendung und Wiederverwertung von Ressourcen finden, können wir eine CO₂-neutrale Wirtschaft im Kanton gewährleisten.

KLIMANEUTRALE STÄRKUNG DES STANDORTS

Die Erneuerung der Wirtschaft wird auch wesentlich von Startups und neuen Firmen angetrieben, welche sich bewusst für einen Standort entscheiden. Wir fordern, dass die Standortförderung des Kantons nicht nur soziale, ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeitsaspekte beachtet, sondern sich auch an der im Pariser Abkommen festgelegten Klimaneutralität orientiert.

CHANCEN DER DIGITALISIERUNG NUTZEN

Der Kanton hat sich eine Digitalisierungsstrategie gegeben. Wir setzen uns dafür ein, dass in der nächsten Legislatur der Kanton energischer die Digitalisierung der Verwaltung zugunsten der Bevölkerung vorantreibt. Dabei ist wichtig, dass Prozesse vereinfacht werden, ohne den Datenschutz aufzuweichen. Dafür braucht es Investitionen. Basel-Stadt soll hier wie in der Klimapolitik vorbildlich sein. Ein erster Schritt dazu ist, dass die Daten sicher vor Cyber-Angriffen geschützt werden und ein unabhängiges Cloud-Projekt lanciert wird.

GESUNDHEIT UND SOZIALES

FOLGEN DER KLIMAVERÄNDERUNG

Wir stehen für eine gesunde Bevölkerung in einer gesunden Umwelt. Die Klimakrise hat starke Auswirkungen auf die Gesundheit der Basler:innen und ist vor allem für die ältere Bevölkerung eine grosse Herausforderung, wie auch das EGMR-Urteil zur Klage der Klimaseniorinnen nochmals bestätigt hat. Wir fordern sofortige präventive Massnahmen und Lösungen für die gesundheitsschädigenden Auswirkungen von Temperaturanstieg, Luftverschmutzung und Lärmbelastung.

LEBENSQUALITÄT UND GESUNDHEIT FÜR ALLE

Gesundheit darf kein Luxus sein und muss für alle barrierefrei zugänglich sein. Deshalb fordern wir eine Reduktion der Prämienlast und ein Monitoring der gesundheitlichen Chancengerechtigkeit. Der Zugang zur Prämienverbilligung muss für die anspruchsberechtigte Bevölkerung vereinfacht werden. Armutsbetroffenheit sowie Diskriminierungserfahrungen begünstigen psychische und physische Erkrankungen, weswegen wir uns für einen wirksamen Schutz vor Armut und Diskriminierung einsetzen.

Für die Gesundheit der Bevölkerung braucht es Präventions- und Sensibilisierungsangebote sowie Massnahmen zur Früherkennung von Gesundheitsbeeinträchtigung und Forschung, Lehre und Praxis von One Health – einer ganzheitlichen Gesundheitsvorsorge.

Auch die Arbeits- und Lebensbedingungen sind zentral für unsere Gesundheit, weswegen wir uns im Sinne der Verhältnisprävention für eine gute Vereinbarkeit, eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit, bessere Kinderbetreuungsangebote sowie faire Löhne einsetzen.

PSYCHISCHE GESUNDHEIT: RASCHER AUSBAU GEFORDERT!

Die psychische Gesundheit hat für uns den gleichen Stellenwert wie die physische Gesundheit. Wir brauchen jetzt Lösungen für die Überbelastung von psychologisch-psychiatrischen Angeboten, vor allem für Kinder und Jugendliche. Die Prävention auf allen Stufen und die Wissensvermittlung über psychische Erkrankungen und Hilfsangebote müssen verstärkt werden, vor allem für Personengruppen, die ein erhöhtes Risiko für psychische Erkrankungen aufweisen, etwa Gruppen mit Diskriminierungserfahrungen. Unterstützende Massnahmen zur Wiedereingliederung am Arbeitsplatz nach einer psychischen Erkrankung müssen intensiviert werden.

DROGENPROBLEMATIK ANGEHEN UND SUCHTPRÄVENTION FÖRDERN

Wir anerkennen die Drogenproblematik im Kanton und fordern einen ganzheitlichen Umgang mit Suchterkrankungen, der die Erkrankung sowie die Auswirkungen auf das Umfeld und die Bevölkerung als Ganzes einbezieht. Wir wollen die Suchtprävention und die Begleitung von suchtbetroffenen Menschen stärken, die Entkriminalisierung der Suchtbetroffenen voranbringen und Cannabis legalisieren.

GESUNDHEITSREGION NORDWESTSCHWEIZ STÄRKEN

Die gemeinsame Gesundheitsregion Nordwestschweiz ist wesentlich, um sowohl Über- als auch Unterversorgungen zu vermeiden. Die kantonsübergreifende Planung der Spitalinfrastruktur muss zwingend gestärkt werden, um die Gesundheitskosten in der Region zu senken. Wir fördern die Stärkung der Hausarztmedizin und der integrierten Versorgung, sowie die Sicherstellung der Arzneimittelversorgung. Innovative Versorgungsmodelle wie zum Beispiel advantAGE müssen an Bedeutung gewinnen.

Wir unterstützen einen wirtschaftlich vertretbaren Ersatzbau des Klinikums 2 und den Neubau des Klinikums 3, damit das Universitätsspital Basel seiner Funktion als Zentrumsspital gerecht werden und seiner Aufgabe in den Bereichen Lehre und Forschung nachkommen kann. Dabei ist die Finanzierbarkeit der einzelnen Schritte in den nächsten Jahren immer wieder sorgfältig zu prüfen.

PFLEGEINITIATIVE UMSETZEN

Die zeitnahe Umsetzung des zweiten Teils der Pflegeinitiative hat für uns hohe Priorität. Ausbildung alleine reicht nicht, es braucht vor allem attraktivere Arbeitsbedingungen für das Gesundheitspersonal. Das beinhaltet eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, eine Reduktion des administrativen Dokumentationsaufwands zugunsten der Arbeit an den Patient:innen, bessere Entlohnung und Entlastungsmassnahmen beim Schichtbetrieb, Senkung der Arbeitszeit der Assistenz- und Oberärzt:innen.

ARMUT VORBEUGEN UND BEKÄMPFEN

Basel verfügt über eine Vielzahl an Angeboten für armutsbetroffene und -gefährdete Personen. Es gilt den Zugang zu diesen Angeboten möglichst einfach und niederschwellig zu gestalten. Dafür braucht es zudem eine gute Vernetzung der verschiedenen Akteur:innen in diesem Bereich. Wir setzen uns dafür ein, dass das Angebot gut sicht- und erreichbar ist und dort ausgebaut wird, wo Bedarf besteht.

BESONDERS VULNERABLE PERSONEN UNTERSTÜTZEN

Beratungs- und Unterstützungsangebote sind für vulnerable Personengruppen wie etwa Alleinerziehende, Care Leaver etc., die in besonderem Mass armutsgefährdet und -betroffen sind, dringend notwendig. Wir unterstützen den Ausbau und die Bekanntmachung von Angeboten, welche die Berufs- und Arbeitsintegration fördern sowie die gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

FALLBELASTUNG REDUZIEREN

Die Ablösung von der sozialen Unterstützung gelingt besser, wenn die Sozialarbeitenden bei der KESB, dem Amt für Beistandschaften und der Sozialhilfe genügend Ressourcen für die Klient:innenarbeit haben. Basel-Stadt weist eine der höchsten Sozialhilfequoten der Schweiz auf, eine Reduktion der Fallbelastung wird zur Qualität der Beratung beitragen und die nachhaltige Ablösung von der Unterstützungsleistung verbessern.

Die Reduktion der Fallbelastung für die Sozialarbeitenden wird sich zudem positiv auf die Arbeitsbedingungen ausweisen. Die Sozialhilfe Basel-Stadt unterliegt einer hohen Personalfuktuation. Eine Reduktion der Fälle pro Sozialarbeiter:in soll entsprechend nicht nur zur Qualitätssteigerung beitragen, sondern auch die Zufriedenheit des Personals erhöhen.

GLEICHSTELLUNG

CHANCENGERECHTIGKEIT INTERSEKTIONAL DENKEN

Die Förderung von Gleichstellung, Diversität und Inklusion sowie die Bekämpfung von Diskriminierungen sind Kernanliegen der GRÜNEN Basel-Stadt. Dabei verstehen wir Diskriminierungen intersektional, das heisst im Kontext und Zusammenwirken verschiedener Ungleichheitsrelationen, die Geschlecht, Sexualität, Hautfarbe, Behinderung, Religion, soziale Schicht, Migration und Alter umfassen können. Wir stehen für eine Politik, welche die Menschen in ihrer Diversität und vielfältigen Lebensformen anerkennt und sich für die Grundrechte und die soziale Teilhabe von allen Menschen im Kanton einsetzt.

TATSÄCHLICHE GLEICHSTELLUNG VERWIRKLICHEN

Während die rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern weit fortgeschritten ist, besteht bei der tatsächlichen, materiellen Gleichstellung weiterhin grosser Handlungsbedarf – sei es bei der sexualisierten und häuslichen Gewalt, bei der Vertretung von Frauen in Führungspositionen, bei der Vereinbarkeit oder bei der massiven ökonomischen Ungleichheit zwischen Frauen und Männern, die nicht zuletzt auch der ungleichen Verteilung der unbezahlten Sorge-Arbeit und konkret aus den Folgen der Mutterschaft resultiert. Bei der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen gibt es noch viel zu verbessern. Entsprechend haben wir uns bei der parlamentarischen Ausarbeitung des neuen Basler Gleichstellungsgesetzes dafür eingesetzt, dass die Erweiterung des Gesetzes auf LGBTIQ-Personen mit zusätzlichen personellen und finanziellen Ressourcen umgesetzt wird und nicht auf Kosten der bisherigen Gleichstellungsmassnahmen geht.

GESCHLECHTERVIELFALT ANERKENNEN UND VOR DISKRIMINIERUNG SCHÜTZEN

Die Erweiterung des Basler Gleichstellungsgesetzes auf LGBTIQ-Personen geht auf einen Vorstoss der GRÜNEN Basel-Stadt zurück. Mit dem neuen Gesetz wird die gelebte geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in der Bevölkerung anerkannt. Diese Anerkennung, insbesondere von nicht-binären, trans und intergeschlechtlichen Personen, ist für die GRÜNEN ein grosses Anliegen, denn diese geschlechtlichen Minderheiten sind von teilweise massiven Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen betroffen. Zur Bekämpfung dieser Diskriminierungen von LGBTIQ-Personen sieht das Gesetz neu nicht nur ein Diskriminierungsverbot, sondern wie bei der Gleichstellung von Frauen und Männern eine allgemeine Handlungspflicht vor. Wir werden die Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes in der nächsten Legislatur genau beobachten und uns dafür einsetzen, dass der Kanton die Grundrechte von LGBTIQ-Personen gewährleistet, zusammen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen sichere Räume und Beratungsangebote schafft sowie durch Sensibilisierungs- und Schulungsmassnahmen innerhalb und ausserhalb der Verwaltung aktiv dafür sorgt, dass es in der Gesellschaft nicht zu Diskriminierungen kommt.

MASSNAHMEN GEGEN RASSISMUS ERGREIFEN

Rassismus ist ein Problem, das in der Schweiz nur zögerlich anerkannt und entsprechend noch zu wenig bekämpft wird. Gemäss den Zahlen der Fachstelle für Rassismusbekämpfung des Bundes waren 2022 17 Prozent der Wohnbevölkerung in der Schweiz von rassistischer Diskriminierung aufgrund ihrer Nationalität, Hautfarbe, Religion oder ethnischen Herkunft betroffen. 2023 haben die dem schweizweiten Beratungsnetz für Rassismuspfer gemeldeten

Fälle erneut zugenommen, wobei gerade die vielen Vorfälle rassistischer Diskriminierung in Schulen besorgniserregend sind. Wir werden uns deshalb in der nächsten Legislatur dafür einsetzen, dass der Kanton eine umfassende Strategie gegen sämtliche Formen von Rassismus erarbeitet und einen departementsübergreifenden Massnahmenplan vorlegt.

RECHTE VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNG UMSETZEN

Mit dem Behindertengleichstellungsgesetz und der Ratifizierung der UNO-Behindertenrechtskonvention (UNO-BRK) sind die rechtlichen Grundlagen für eine inklusive Gesellschaft in der Schweiz gegeben. Doch bei der Umsetzung stehen wir erst am Anfang. Basel-Stadt hat es in den vergangenen Jahren nicht geschafft, eine durchgehende Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen zu schaffen. In der Realität sehen sich Menschen mit Behinderungen in ihrem Alltag weiterhin mit zahlreichen Hindernissen konfrontiert, die sie in ihren Freiheiten einschränken. Dazu gehören Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt, bauliche Barrieren oder ein fehlender Nachteilsausgleich bei der Ausbildung. Wir werden uns in der kommenden Legislatur weiterhin für die Umsetzung der UNO-BRK einsetzen, um die volle und selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten.

KLIMA UND GLEICHSTELLUNG ZUSAMMEN DENKEN

Das Thema Klimagerechtigkeit muss in den Vordergrund rücken. Menschen, die im Alltag Diskriminierung erfahren, werden oftmals in Klimastrategien und -richtlinien nicht mitgedacht – dies verstärkt die Diskriminierung und schadet der Gleichstellung längerfristig. Eine durchgängige Gleichstellungsorientierung ist daher in klimapolitischen Belangen essenziell, um zu garantieren, dass alle gleich vor den Konsequenzen der Klimakrise und der CO₂-Vermeidungsstrategien berücksichtigt und geschützt sind. Die Klimakrise wird vor allem von den jüngeren und zukünftigen Generationen getragen werden. Dass ihnen bis jetzt das aktive politische Mitspracherecht verwehrt blieb, ist nicht akzeptabel. Deshalb setzen wir uns in der nächsten Legislatur nebst dem Ausländer:innenstimmrecht auch für die Umsetzung des Stimmrechtsalter 16 auf kantonaler Ebene ein.

JUSTIZ & SICHERHEIT

ANGRIFFEN AUF DEMOKRATIE ENTGEGENTRETEN

Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit ist eine Grundaufgabe eines Staatswesens und Basel-Stadt ist eine sichere und lebenswerte Stadt. Neben einem funktionierenden Rechtsstaat müssen auch Rechte wie das Recht auf Selbstverwirklichung sowie den Schutz von Leben, Gesundheit, Freiheit oder Eigentum gewahrt werden. Auch der Staat selbst ist Angriffen ausgesetzt und die Funktionsfähigkeit seiner Institutionen werden in Frage gestellt. Hierzu gilt es Sorge zu tragen und wir werden den Entwicklungen von antidemokratischen Tendenzen dezidiert entgegenzutreten.

SICHERHEIT IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Vermeehrt sorgen so genannte Hotspots – vor allem im Kleinbasel - für Unsicherheit im öffentlichen Raum, welchen der Kanton nun mit einem Bündel von Massnahmen begegnet. Für die GRÜNEN Basel-Stadt ist wichtig, dass die Probleme jeweils sorgfältig analysiert sowie die beschlossenen Sicherheitsmassnahmen engmaschig evaluiert und diskutiert werden.

Dafür fordern wir einen institutionalisierten Dialog der Verwaltung mit der Öffentlichkeit, den involvierten zivilgesellschaftlichen Organisationen und eine enge Zusammenarbeit mit sozialwissenschaftlichen Expert:innen, um die Probleme in ihrer Komplexität besser zu verstehen und die Wirksamkeit der beschlossenen Massnahmen zu überprüfen. Zudem setzen wir uns für die Entkriminalisierung des Drogenkonsums ein und unterstützen Initiativen zur kontrollierten Abgabe von Suchtmitteln, um die negativen Auswirkungen des illegalen Drogenhandels in den Griff zu kriegen.

SCHUTZ AUCH IM DIGITALEN RAUM

Die Digitalisierung nimmt in allen Lebensbereichen stetig zu und durchdringt unseren Alltag immer stärker. Damit einhergehend nehmen auch kriminelle Aktivitäten im digitalen Raum stetig zu. Somit sind nebst Privatpersonen auch immer mehr Firmen, Organisationen und Öffentliche Verwaltungen vermehrt im Fokus von Phishing und Hackerangriffen. Davon ist auch der Kanton Basel-Stadt nicht verschont geblieben. Um die Funktionen der öffentlichen Hand aufrecht erhalten zu können und die persönliche Integrität aller Bewohner:innen des Kantons zu schützen, sind stärkere Massnahmen im Bereich des Datenschutzes durch die Verwaltung notwendig innerhalb der Verwaltung, aber auch im Verhältnis des Staates mit den Bürger:innen. Zudem schlagen wir die Schaffung einer kantonalen Plattform für die Kommunikation innerhalb des Kantons mittels sicherer Software mit Datenspeicherung auf Servern in der Schweiz vor. Hier könnte der Kanton eine Vorreiterrolle spielen und einen nationalen Standard generieren.

DIALOG VOR REPRESSION

Die Kantonspolizei Basel-Stadt sollte bei ihren Einsätzen das 3D-Prinzip anwenden (Dialog, Deeskalation, Durchgreifen). Diverse Vorkommnisse der letzten Jahre, insbesondere im Rahmen von Kundgebungen und Demonstrationen, lassen aber den Schluss zu, dass das 3D-Prinzip nicht angewendet wird (Feministische Demo, 1. Mai-Kundgebung). Wir setzen uns ein für eine Polizei, die das 3D-Prinzip umsetzt, um die Gesundheit von Demonstrierenden und Polizist:innen nicht zu gefährden und um die Versammlungsfreiheit und das damit verbundene

Grundrecht auf freie Meinungsäußerung nicht einzuschränken. Heute bewilligungspflichtige Demonstrationen sollen in Zukunft nur noch einer Meldepflicht unterliegen.

KULTUR

EINE KULTURPOLITIK FÜR ALLE

Unsere Kulturpolitik für die Basler Kulturszene fokussiert auf Vielfalt, soziale Gerechtigkeit, Zugänglichkeit sowie Nachhaltigkeit. Unsere Vision bleibt eine lebendige und inklusive Kulturlandschaft, welche das kulturelle Erbe bewahrt, kreative Innovation fördert und allen Menschen die Möglichkeit bietet, an kulturellen Aktivitäten teilzuhaben und sich künstlerisch zu entfalten. Wir setzen uns dafür ein, dass kulturelle Veranstaltungen und Einrichtungen für alle Bevölkerungsschichten barrierefrei zugänglich sind, unabhängig von Einkommen, Bildungsstand oder Herkunft. Dazu zählen insbesondere auch Kulturveranstaltungen und -orte ohne Konsumzwang und mit günstigen Eintrittten.

FÜR EINE NACHHALTIGE KULTUR

Wir legen auch in der Kulturpolitik Wert auf Nachhaltigkeit und setzen uns für umweltfreundliche Kulturveranstaltungen in allen kulturellen Einrichtungen ein. Initiativen von Kulturveranstaltenden, die die Verbindung zwischen Kultur und Umweltschutz fördern, werden von uns unterstützt. Zudem streben wir danach, das reichhaltige kulturelle Angebot des Kantons weiter zu vervielfältigen und zu erweitern, indem wir Kultur aus verschiedenen Hintergründen und Disziplinen unterstützen. Die kulturelle Vielfalt soll nicht nur gefördert, sondern sichtbar gemacht und der Austausch zwischen den Kulturszenen belebt werden.

VIELFÄLTIGE UND LOKALE KULTUR FÖRDERN

Lokale Kulturschaffende und Veranstaltende müssen die Unterstützung erhalten, die sie für die grösstmögliche Entfaltung benötigen. Ihre Arbeit soll einem breiten Publikum zugänglich gemacht werden. Dazu zählen ein niederschwelliger Zugang zu Räumen für Proben und Auftrittsmöglichkeiten sowie die staatliche Finanzierung von günstigen Eintrittsmodellen und die Förderung von kulturellem Schaffen. Es soll auch weiterhin genügend Raum und finanzielle Unterstützung für unkonventionelle (alternative) kulturelle Aktivitäten bereitgestellt werden, die abseits des Mainstreams liegen. Das umfasst die Unterstützung und Förderung von Alternativkultur, Subkultur, experimenteller Kunst, Jugendkultur, elektronischer Genres und anderen kleineren Formen des kulturellen Ausdrucks.

PREKÄRE LEBENSITUATIONEN BESEITIGEN

Kulturschaffen ist oftmals von niedrigen Einkommen begleitet und die Vorsorgeleistungen sind oftmals nicht vorhanden, weil ein Grossteil der Kulturschaffenden ihre Arbeit selbständigerwerbend erfüllen. Diese Situation führt in vielen Fällen zu prekären Lebenssituationen. Wir setzen uns dafür ein, dass Kulturschaffende, egal ob selbstständig oder angestellt, für ihre kulturelle Tätigkeit ein existenzsicherndes Einkommen erzielen können. Zudem sollen Kollektivangebote für die Altersvorsorge von Kulturschaffenden eingerichtet werden, um eine Sicherstellung des Lebenswohlstandes auch nach Beendigung der kulturellen Tätigkeit im Alter sichergestellt ist.

MIGRATION UND INTEGRATION

MIGRATION ALS CHANCE

Über die Hälfte der Basler Bevölkerung hat eine Migrationsgeschichte. Immigration trägt zu Wohlstand, Innovation und einer nachhaltigen Entwicklung bei. Deshalb sehen wir sie als grosse Chance für die Lebensqualität in unserem Kanton. Um diese zu nutzen, setzen wir uns auf nationaler Ebene für einen erleichterten Zugang zum Arbeitsmarkt für geflüchtete Menschen, eine verbesserte Teilhabe an beruflicher Bildung und die Anerkennung von Schul- und Berufsabschlüssen aus den Herkunftsländern ein. Denn für eine funktionierende gesellschaftspolitische Integration ist das Recht auf Arbeit zentral.

EINWOHNER:INNEN-STIMMRECHT & ERLEICHTERUNG DER EINBÜRGERUNG

Das Stimmrecht für Einwohner:innen mit einer Niederlassungsbewilligung ist ein wichtiges Instrument, das die Demokratie stärken und die Beteiligung von mehr Menschen an politischen Entscheidungen im Kanton Basel-Stadt fördern soll. Wir setzen uns dafür ein, dass das Einwohner:innenstimmrecht in Basel-Stadt in naher Zukunft Realität wird und auch Personen, die keinen Schweizer Pass haben, über die Angelegenheiten im Kanton mitbestimmen können. Gleichzeitig setzen wir uns für die Umsetzung der Demokratie-Initiative auf nationaler Ebene ein, die die Hürden für die Einbürgerung senken möchte.

BASEL ALS SICHERER ZUFLUCHTSORT

Geflüchtete Menschen müssen befähigt und in ihren Bemühungen zur Selbstständigkeit unterstützt werden. Dafür müssen die Basler Sozialdienste stärker unterstützt und Ressourcen für Sozialarbeitende, Psycholog:innen und Übersetzer:innen bereit gestellt werden. Die rasche Bereitstellung von psychotherapeutischen Begleitungen in der Muttersprache ist dafür zentral. Zur Erhöhung der Kapazitäten soll eine kantonale Plattform errichtet werden, auf der Freiwillige den Geflüchteten auch sprachliche und professionelle Unterstützung anbieten können. Der Kanton Basel-Stadt setzt sich dafür ein, das Arbeitsverbot für Asylsuchende aufzuheben und eine rasche Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

SPRACHANGEBOTE STÄRKEN INTEGRATION

Der Zugang zur Sprache bleibt eine der grössten Hürden bei der Integration. Deshalb müssen neben der frühen Sprachförderung im Vorschulalter umfassende und bedarfsgerechte Sprachtrainings für das breite Spektrum von Geflüchteten mit unterschiedlichem Hintergrund über das A1-Sprachniveau hinaus angeboten werden. Dies könnte durch die Zusammenarbeit mit entsprechenden Sprachinstituten erreicht werden.

ADÄQUATE UNTERSTÜTZUNGSANGEBOTE SCHAFFEN

Menschen, die als Minderjährige in die Schweiz kamen, müssen auch nach dem Erreichen der Volljährigkeit verstärkt unterstützt werden, um ihre Integration weiterhin zu erleichtern. Dazu gehören Schulungs- und Praktikumsprogramme speziell für junge Erwachsene ohne ausreichenden Bildungshintergrund.

VERKEHR

ZUKUNFTSMOBILITÄT STATT RHEINTUNNEL UND ZUBA

Wir setzen uns für eine umweltfreundliche, das heisst ressourcensparende, flächeneffiziente, klimaschonende und emissionsarme Mobilität ein. In der Stadt muss der Fuss-, Velo- und öffentliche Verkehr absolute Priorität haben und die Sicherheit von Fussgänger:innen und Velofahrer:innen verbessert werden. Die Verkehrswende muss angegangen werden.

NETTONULL IM VERKEHR ERREICHEN

Die Reduktion des motorisierten Individualverkehrs ist ein wichtiges Ziel zur Erreichung von Netto-Null. Dieses Ziel wollen wir durch eine Reduktion des Mobilitätsbedarfs der Bevölkerung bei steigender Lebensqualität (Stadt der kurzen Wege) und durch eine Erhöhung des Anteils von Fuss-, Velo- und öffentlichem Verkehr am Gesamtverkehr erreichen. Wo der Mobilitätsbedarf nicht durch aktiven oder den öffentlichen Verkehr gedeckt werden kann, sollen elektrisch betriebene Sharing-Autos genutzt werden.

Wir werden alles daransetzen, den Rheintunnel und den ZUBA zu stoppen, welche im Widerspruch mit der kantonalen Klimastrategie stehen. Diese Projekte hätten katastrophale Folgen für Verkehr, Lebensqualität, Umwelt und Klima. Die Verhinderung des Rheintunnels hätte eine symbolische Wirkung gegen den Autobahn-Bauwahn über die Region hinaus.

ZU FUSS UND AUF DEM VELO KLIMAFREUNDLICH UNTERWEGS

Weiterhin werden wir für ein flächendeckendes Tempo 30 auf Quartier- und Hauptstrassen kämpfen und uns für Superblocks und beidseitige und ausreichend breite Radwege und sichere Velorouten einsetzen. Wir brauchen ein sicheres durchgehendes Veloroutennetz.

Die Definition für umweltfreundliche Verkehrsmittel in der entsprechenden Verordnung ist ungenügend und muss angepasst werden, es braucht schärfere Bestimmungen. Wir stehen weiterhin hinter der Abschaffung von finanziellen Anreizen für Fahrzeuge mit übermässigem Verbrauch von Ressourcen (Offroader-Motion) und befürworten die Abschaffung des Pendelabzug bei den Steuern für den motorisierten Individualverkehr.

ÖFFENTLICHEN VERKEHR AUSBAUEN

Der öffentliche Verkehr ist das Rückgrat einer umweltfreundlichen Zukunft der Mobilität. In der wachsenden Region Basel muss das Angebot des öffentlichen Verkehrs mitwachsen. Der Tramnetzausbau und der Ausbau des S-Bahnangebots müssen daher prioritär angegangen werden. Die Siedlungsentwicklung ist auf den öffentlichen Verkehr auszurichten und eine Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinaus anzustreben.